

MEDIEN BERICHTEN ÜBER DIE FORSCHUNGSARBEIT

.....
der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ



IWS-Presskonferenzen – ob im Büro in der Linzer Altstadt oder im OÖ. Presseclub – sind stets gut besucht und auch die Berichterstattung in den heimischen Medien spiegelt das öffentliche Interesse an der Themenvielfalt wider. Foto: IWS/Engelsberger



Heimatgefühl entsteht in Gemeinden

Neues Volksblatt | Seite 6 | 1. März 2018
Auflage: 22.000 | Reichweite: 63.800

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich



Standort-Enquete in Linz (v. l.): IWS-GF Gottfried Kneifel, Bad Halls Bgm. Bernhard Ruf, Gemeindeberaterin Gerlinde Stöbich, Bgm. Andreas Lindorfer aus Rohrbach-Berg und WKOÖ-Präsidentin Doris Hummer. Foto: IWS/Lattner

Heimatgefühl entsteht in Gemeinden

IWS-Standort-Enquete zeigte Trend zu verstärkten Kooperationen der Kommunen

„Die Digitalisierung wird die Verwaltung in den nächsten Jahrzehnten so radikal verändern, wie keine andere Maßnahme zuvor“, sagte der Schweizer Ökonom Reto Steiner bei

einer Enquete der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) mit dem Titel „Bund, Länder, Gemeinden – Wer beginnt mit der Staatsreform?“ im Siemens Forum Linz. Gemeindezusammenlegungen seien daher überlegenswert, „aber nicht unter Zwang“, so Steiner. „Denn eine Reform ist nur dann sinnvoll, wenn ein Nutzen für die Bevölkerung erkennbar ist.“ Auch der Begriff Heimat entsteht in den Gemeinden. „Laut Umfrage vertrauen die Bürger fast zu 50 Prozent ihrer eigenen Gemeinde, weit abgeschlagen werden dann Land, Bund und Europa genannt“, betonte IWS-GF Gottfried Kneifel.

Positive Beispiele

Gerlinde Stöbich, die einige oö. Gemeinden bei der Fusion beratend begleitet, sieht „langfristig Einsparpotenziale und eine steigende Qualität der Dienstleistung für die Bevölkerung.“ Vor drei Jahren sind die Mühlviertler Gemeinden Rohrbach und Berg diesen Weg gegangen und Bgm. Andreas Lindorfer resümiert: „Ziel war es, was auf Vereinsebene bereits zusammengewachsen war,

auch auf Verwaltungsebene zu vereinen. Wir befragten die Bürger in beiden Gemeinden und 91 Prozent halten heute die Fusion für richtig!“ In Bad Hall hat man nicht fusioniert, allerdings haben fünf Gemeinden eine interkommunale Baurechtsverwaltungsgemeinschaft gegründet. „Das bringt vor allem dem Bürger was“, so Bgm. Bernhard Ruf. „Die Akten werden rascher bearbeitet und in der Urlaubszeit bleibt nichts liegen.“

Vorteile für die Wirtschaft

Auch die Wirtschaft sieht viele Vorteile in einer verstärkten Zusammenarbeit. „Für die Unternehmen ist es wichtig, dass Betriebsansiedlungen rascher möglich werden – und dass die Qualität der Dienstleistung steigt“, sagte WKOÖ-Präsidentin Doris Hummer. „Davon profitieren dann wieder die Gemeinden und die Bevölkerung.“ Der oö. Landtagsdirektor Wolfgang Steiner sieht wiederum den Bund in der Pflicht: „Der Gesetzgeber muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit betroffene Gemeinden bestmöglich kooperieren können.“ -be-



330 Gemeinden für Oberösterreich?

OÖ Nachrichten | Seite 22 | 1. März 2018
Auflage: 135.121 | Reichweite: 381.000

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

330 Gemeinden für Oberösterreich?

Fusionieren oder zusammenarbeiten: Bei einer IWS-Diskussionsveranstaltung erörterten Bürgermeister und Experten Reformmodelle für Oberösterreichs Gemeinden

Von Luise Walchshofer

LINZ. Insgesamt 442 Gemeinden gibt es derzeit in Oberösterreich. In einem Jahrzehnt könnten es nur noch rund 330 sein. Diese Schätzung gaben Teilnehmer des Diskussionsabends „Staatsreform Bund - Land - Gemeinden. Wer beginnt damit?“ am Dienstagabend ab. Zur Veranstaltung geladen hatte die Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS).

Zentrale Punkte waren die Themen Gemeindefusionen und Gemeindekooperationen. Denn, wie IWS-Geschäftsführer **Gottfried Kneifel** in seiner Einleitung erklärte: „Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen. Sie müssen heutzutage mehr leisten denn je, haben aber weniger Mittel zur Verfügung.“

In seinem Impulsreferat erläuterte der Schweizer Ökonom und Gemeinde-Experte **Reto Steiner**, dass größere Einheiten wirtschaftlich stärker seien und mehr für ihre Bürger leisten könnten. Fusionen seien aber nur sinnvoll, wenn sie von den Bürgern mitgetragen werden. In den anschließenden Talkrunden schilderten Bürgermeister, Amtsleiter und Experten ihre Erfahrungen.

Größe macht schlagkräftig

„Die Gemeindeentwicklung ist jetzt leichter, weil Entscheidungen nur noch von einem Gemeinderat getroffen werden“, sagt **Andreas Lindorfer**, Bürgermeister der Fusionsgemeinde **Rohrbach-Berg**. „Die Qualität der Arbeit im Bürgerservice ist gestiegen, einige Angebote, wie die Kinderbetreuung, sind seit der Fusion 2015 besser.“

Einen anderen Weg haben **Bad Hall**, **Adhwang**, **Pfarrkirchen**, **Rohr** und **Waldneukirchen** gewählt. Sie bleiben eigenständig, haben aber ihre Baurechtsverwaltung zusammengelegt. „Wir wollten durch die Kooperation unsere Schlagkraft erhöhen. Bauanträge werden jetzt zum Beispiel viel rascher abgehan-



Vor einem vollen Saal diskutierten unter anderem der Bürgermeister von **Rohrbach-Berg** **Andreas Lindorfer**, seine designierte Amtsleiterin **Karin Fellhofer**, der **Bad Hall**er Bürgermeister **Bernhard Ruf** und sein Amtsleiter **Franz Postlimayr**. **OÖN-Regionalchef** **Markus Staudinger** moderierte (von links).
Foto: **Rudolf Laesser**

delt“, sagt der **Bad Hall**er Bürgermeister **Bernhard Ruf**.

Dass größere Einheiten mehr leisten können, bestätigt **Gerlinde Stöbich**, die bereits einige Gemeindefusionen in Oberösterreich als Beraterin begleitet hat. „Ich denke, Zusammenlegungen hätten Potenzial in Oberösterreich. Man kann aber auch mittels Kooperationen innovativ sein.“ Und Innovationen seien nötig, um Herausforderungen wie Abwanderung

und Digitalisierung zu meistern.

„Seitens des Landes gibt es ohnehin sanften Druck auf Gemeinden, die Geld aus dem Ausgleichsfonds beziehen“, sagt der **Engerwitzdorfer** Amtsleiter **Alfred Watzinger**. Seine Gemeinde arbeitet punktuell mit dem benachbarten **Gallneukirchen** zusammen, etwa in Sachen **Kinderbetreuung**. „Wir sind mit mehr als 8000 Einwohnern aber auch kein klassischer Fusionskandidat.“ Bei Gemeinden

unter 1000 Einwohnern sehe er jedenfalls Kooperationsbedarf. Ab einer gewissen Größe seien Gemeinden tatsächlich gefragt, zu kooperieren, sagt **Landtagsdirektor** **Wolfgang Steiner**. „Ziel muss es sein, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Fusionen und flexible Vorgangsweisen möglich sind. Man muss sie ja nicht immer durchziehen.“

Kurt Pieslinger, ebenfalls IWS-Geschäftsführer, warf ein, dass nicht nur kleine Gemeinden Finanzprobleme hätten: **Wien** habe über sechs Milliarden Euro Schulden. Wichtig wäre vor allem, den Ländern (und auch Gemeinden) Steuerhoheit zu verschaffen.

Strukturen hinterfragen

Doris Hummer, Präsidentin der **Wirtschaftskammer Oberösterreich**, rief Gemeinden dazu auf, ihre Strukturen ehrlich zu analysieren: „Man sollte fragen: Welche Strukturen sind sinnvoll und machen uns zukunftsfit?“ Gleichzeitig solle man Menschen ihre Heimat nicht nehmen. Das heiße aber nicht, dass Gemeinden nicht zusammengelegt werden könnten.

ZUSAMMENLEGUNGEN IN OBERÖSTERREICH

In den vergangenen 15 Jahren gab es fünf Gemeindefusionen in Oberösterreich. Den Anfang machten **Weyer-Markt** und **Weyer-Land** (Bez. **Steyr-Land**), die am 1. Jänner 2007 zu einer Gemeinde wurden. Am 1. Mai 2015 fusionierten **Rohrbach** und **Berg**, die Stadt heißt seitdem offiziell **Rohrbach-Berg**. Am gleichen Tag wurden die Gemeinden **Aigen** und **Schlägl** zu **Aigen-Schlägl** (Bez. **Rohrbach**).

Seit 1. Jänner 2018 gehört **Schöneck** zu **Vorderweißenbach** (Bez. **Urfahr-Umgebung**), und **Bruck-Waasen** ist nunmehr ein Teil von **Peuerbach** (Bez. **Grieskirchen**). Ursprünglich war auch eine Zusammenlegung mit **Steegen** geplant, doch die Einwohner dort stimmten mehrheitlich dagegen. Für das Jahr 2019 sind weitere Fusionierungen geplant, beispielsweise **Helfenberg** und **Ahorn** (Bez. **Rohrbach**).



Entwicklung in Oberösterreich: Immer mehr Gemeinden...

Tips/Urfahr/Umgebung | Seite 13 | 7. März 2018
 Auflage: 32.800 | Reichweite: 38.260

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

TREND

Entwicklung in Oberösterreich: Immer mehr Gemeinden kooperieren

OBERÖSTERREICH. Laut Europäischer Charta der kommunalen Selbstverwaltung haben die Gemeinden ein Recht auf Autonomie, daher wäre ein Zwang zu Fusionen der falsche Weg“, sagte der Schweizer Ökonom Reto Steiner bei einer Enquete der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) unter dem Titel „Bund, Länder, Gemeinden – Wer beginnt mit der Staatsreform?“ im gefüllten Siemens Forum in Linz.



Talkrunde mit WKÖO-Präsidentin Doris Hummer, Gemeindeberaterin Gerlinde Stöbich, Amtsleiter Alfred Watzinger (Engerwitzdorf) und OÖ-Landtagsdirektor Wolfgang Steiner

Foto: IWS/Lanreser

„Die Gemeinden stehen vor enormen Herausforderungen – sie müssen mehr leisten, haben dafür aber weniger Mittel zur Verfügung. Die Gemeinden sind bei Kooperationen aber bereits einen Schritt voraus.“ Eine Gemeindegemeinschaftung sei vielleicht kurzfristig teurer, meinte dazu Gerlinde Stöbich, die einige Gemeinden in Oberösterreich bei der Fusion beratend begleitet hatte: „Langfristig ergeben sich sehr wohl Einsparungen – und auch die Qualität der Dienstleistung steigt für die Bürger.“ Vor drei Jahren sind etwa die beiden Mühlviertler Gemeinden Rohrbach und Berg diesen Weg gegangen. ■

Heimat auf kommunaler Ebene entstehen. „Eine Umfrage zufolge vertrauen die Bürger fast zu 50 Prozent ihrer eigenen Gemeinde, weit abgeschlagen werden dann Land, Bund und EU genannt“, betonte IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel.

Fusion oder doch nur Kooperation?

Gemeindefusionen oder doch nur Kooperation – und zwar dort, wo es Sinn macht, und dort, wo es die Bürger mittragen? Bei einer Diskussionsveranstaltung der Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS) erörterten Bürgermeister und Experten Reformmodelle für Oberösterreichs Gemeinden.

Insgesamt 442 Gemeinden gibt es aktuell in OÖ. In einem Jahrzehnt könnten es nur noch rund 330 sein. Diese Schätzung gaben Teilnehmer des Diskussionsabends „Staatsreform Bund – Land – Gemeinden. Wer beginnt damit?“ ab. Wie IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel einleitend erklärte, stehen die Gemeinden vor großen Herausforderungen: „Sie müssen heutzutage mehr leisten denn je, haben aber weniger Mittel zur Verfügung.“

In seinem Impulsreferat erläuterte der Schweizer Ökonom und Gemeinde-Experte Reto Steiner, dass größere Einheiten wirtschaftlich stärker seien und mehr



Diskussionsrunde mit Hummer, Stöbich, Engerwitzdorfs Amtsleiter Watzinger und Landtagsdirektor Steiner (v. l.).

für ihre Bürger leisten könnten. Fusionen seien aber nur sinnvoll, wenn sie von den Bürgern mitgetragen werden. Die Gemein-entwicklung sei jetzt leichter, weil Entscheidungen nur noch von einem Gemeinderat getroffen werden, sagt Andreas Lindorfer, Bürgermeister der Fusionsgemeinde Rohrbach-Berg.

Anders sieht man das in Bad Hall, Adlwang, Pfarrkirchen, Rohr und Waldneukirchen. Sie bleiben eigenständig, haben aber ihre Baurechtsverwaltung zusammengelegt. Dass größere Einheiten mehr leisten können,

bestätigt Gerlinde Stöbich, die bereits einige Gemeindefusionen als Beraterin begleitet hat. „Ich denke, Zusammenlegungen hätten Potenzial. Man kann aber auch mittels Kooperationen innovativ sein.“ Und Innovationen seien nötig, um Herausforderungen wie Abwanderung und Digitalisierung zu meistern.

Bei Gemeinden unter 1000 Einwohnern wird allgemein mehr Kooperationsbedarf gesehen. Landtagsdirektor Wolfgang Steiner: „Ziel muss sein, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Fusionen und

flexible Vorgangsweisen möglich sind. Man muss sie ja nicht immer durchziehen.“

Strukturen hinterfragen

WKOÖ-Präsidentin Doris Hummer rief die Gemeinden dazu auf, ihre Strukturen ehrlich zu analysieren: „Man sollte fragen: Welche Strukturen sind sinnvoll und machen uns zukunftsfit?“ Gleichzeitig solle man Menschen ihre Heimat nicht nehmen. Das heiße aber nicht, dass Gemeinden nicht zusammengelegt werden könnten. ■



Fusion oder doch nur Kooperation?

Oberösterreichische Wirtschaft/Ausgabe 05/2018 | Seite 6 | 16. März 2018
Auflage: 66.393 | Reichweite: 192.540

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich



Kronen
Zeitung

„Demokratie ist weit mehr, als zu einer Wahl zu gehen!“

Kronen Zeitung/OOE Morgen | Seite 22 | 9. Juni 2018
Auflage: 146.072 | Reichweite: 342.000

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Landtagspräsident Sigl (ÖVP) erinnert Oberösterreicher:

„Demokratie ist weit mehr, als zu einer Wahl zu gehen!“

Der Begriff „Demokratie“ ist im Bewusstsein der Bevölkerung in Österreich klar verankert, vorrangig positiv besetzt und wird vor allem mit dem Wahlrecht assoziiert. Das hat das Linzer IMAS-Institut bei einer aktuellen Studie zum Gedenkjahr 2018 festgestellt. Landtagspräsident Viktor Sigl (ÖVP) knüpft kritisch an.

„Demokratie ist mehr als die Abgabe eines Stimmzettels“, meint Sigl: „Sie begleitet uns tagtäglich – in der Schule, im Beruf und im Familienleben – und lebt von Engagement und Begeisterung. Deshalb müssen wir Demokratie und Mitbestimmung stärken und vor allem den Menschen wieder näherbringen“, sagt der Erste Landtagspräsident. Im heurigen Gedenkjahr hat der Landtag ohnehin den Themenbereich Demokratie und Demokratievermittlung in den Mittelpunkt gestellt.

Mitbestimmung auf allen Ebenen ist den Österreichern wichtig, und sie reagieren sensibel auf mögliche Einschnitte, wie Ex-Bundesratspräsident Gott-

fried Kneifel an Sigls Seite angesichts von Problemen bei Westring, Donaubrü-

cken, 110-kV-Leitungen, etc. bemerkenswert findet: Trotz verzögerter Genehmigungsverfahren ist eine Mehrheit gegen die zeitliche Einschränkung der Rechte von Anrainern. Allerdings besteht im urbanen Ballungsraum fast ein Patt dieser und der Gegenmeinung.

„Die Demokratie ist kein Selbstläufer“

Laut IMAS-Umfrage befürworten Österreicher die Demokratie und sind gegen Zentralismus

Von Harald Engelsberger

Demokratie ist für die Österreicher ein hohes Gut, muss aber immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden — das ergab eine repräsentative IMAS-Umfrage im Auftrag der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) anlässlich des Gedenkjahres 2018. Den Satz „Österreich ist eine demokratische Republik“, bewerteten 67 Prozent als sehr wichtig. Mit dem Begriff „Demokratie“ assoziieren 30 Prozent Begriffe wie „Wahlrecht, freie Wahlen, das Volk wählt seine Vertreter“ und 17 Prozent „Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit“. „Sicherheit & Frieden“

sowie „Gegenteil von Diktatur“ fielen nur jeweils zwei Prozent der Befragten ein. „Das wäre in den 1950er-Jahren wohl anders gewesen“, glaubt Landtagspräsident Viktor Sigl. „Es muss wieder gelingen, Demokratiebegeist-

erung zu erzeugen. Dazu gehört auch, politische Bildung verstärkt in die Schulen zu bringen — denn Demokratie braucht Demokraten.“ Das Umfrageergebnis sei auftrügend und überraschend, warnte IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel davor, dass Wohlstand und Sicherheit zu einer zunehmenden Vernachlässigung der demokratischen Werte verleiten. „Demokratie und soziale Marktwirtschaft sind keine Selbstläufer, sondern müssen der Bevölkerung immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden.“

IMAS-Prokurist Paul Eiselsberger erfragte auch das gesellschaftspolitische Engagement: 59 Prozent nannten die Nationalratswahl als wichtigste Möglichkeit der Teilnahme, dahinter folgen Bürgermeister- (49), Landtags- (45) und Gemeinderatswahl (44) sowie Volksabstimmung (42 Prozent). Mitarbeit in einer Partei



Hielten ein Plädoyer für die Demokratie (v. l.): IMAS-Meinungsforscher Paul Eiselsberger, Landtagspräsident Viktor Sigl sowie IWS-GF Gottfried Kneifel. Foto: Land OÖ/Kraml

oder in einer umweltpolitisch tätigen NGO rangieren nur noch wichtiger sind. Einen gleichauf mit „Leserbriefe verfassen“ bei vier Prozent. Dennoch glauben 81 Prozent, dass politische Parteien wichtig für die Demokratie sind, 60 Prozent sind der Ansicht, unterstützen nur 32 Prozent.



„Die Demokratie ist kein Selbstläufer“

Neues Volksblatt | Seite 5 | 9. Juni 2018
Auflage: 23.500 | Reichweite: 65.000

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich



"Demokratie: Mehr als ein Stimmzettel"

Bezirksrundschau Oberösterreich/Gesamt | Seite 40 | 14. Juni 2018

Auflage: 583.373 | Reichweite: 744.000

Artikel gleichlautend erschienen in allen Ausgaben, beispielhaft geclippt aus der Mutation: „Braunau“
Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

„Demokratie: Mehr als ein Stimmzettel“

OÖ. Für den Großteil der Österreicher besteht Demokratie aus der Teilnahme an Wahlen. Das geht aus einer neuen IMAS-Studie mit 1.000 Befragten hervor. Ein Drittel assoziierte freie Wahlen mit Demokratie, nur 17 Prozent nannten Meinungsfreiheit. Dafür ist 67 Prozent sehr wichtig, dass „Österreich eine demokratische Republik“ ist. „Demokratie ist weit mehr als die Abgabe eines Stimmzettels. Sie begleitet uns tagtäglich. Deshalb müssen wir Demokratie den Menschen wieder näherbringen“, sagt OÖ-Landtagspräsident Viktor Sigl (ÖVP).



Paul Eiselsberg, Viktor Sigl und Gottfried Kneifel (v. l.). Foto: Land OÖ



Tips

Mehr politische Bildung

Tips/Linz | Seite 4 | 13. Juni 2018
Auflage: 116.700 | Reichweite: 136.127

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

• Mehr politische Bildung

• **LINZ.** 67 Prozent der Österreicher
• finden es sehr wichtig, dass
• Österreich eine demokratische
• Republik ist. Das geht aus einer
• aktuellen IMAS-Umfrage hervor.
• Die Teilnahme an Wahlen ist dabei
• für die Österreicher wichtig, die
• Mitarbeit in einer Partei eher
• weniger. „Wir haben ein tolles
• demokratisches System, für das es
• sich lohnt einzustehen“, plädieren
• Landtagspräsident Viktor Sigl und
• Gottfried Kneifel, Geschäftsführer
• des IWS, für mehr politische Bildung.
•



AHS-Maturanten sollen stärker zur Lehre umdirigiert werden

Neues Volksblatt | Seite 16 | 9. Juli 2018
Auflage: 22.000 | Reichweite: 63.800

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

AHS-Maturanten sollen stärker zur Lehre umdirigiert werden

Standort-Initiative IWS unterstützt neue Regierungslinie

„Ziel muss es sein, mehr mit ihrem Beruf zufriedene junge Menschen und weniger Studienabbrecher zu erreichen!“, appelliert der Geschäftsführer der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS), Kurt Pieslinger. Er hebt aus diesem Grund die Ansätze der Bundesregierung positiv hervor, AHS-Maturanten und Studienabbrecher stärker zur Lehrlingsausbildung umzu-
dirigieren. Gerade die Lehr- und Meisterausbildung habe nämlich ganz wesentlich zum Erfolg der heimischen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb beigetragen. Der Kurs der Bundesregierung sei daher richtig und wichtig, „um die tatsächlichen Fähigkeiten der Jugendlichen zu fördern, den Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu decken und die Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen“, erklärt Pieslinger. Dabei zeige, so der IWS-



IWS-Geschäftsführer Kurt Pieslinger
Foto: IWS

Geschäftsführer, „ein direkter Vergleich von Ländern mit hoher Akademisierung und Ländern mit dualer Ausbildung, dass in zweiteren eine deutlich geringere Jugendarbeitslosigkeit festzustellen ist.“ So komme Österreich mit 12 Prozent Akademikerquote auf 8 Prozent Arbeitslosigkeit, Großbritannien mit 30 Prozent Akademikern aber auf 20 Prozent ohne Job.



Umdenken

OÖ Nachrichten | Seite 12 | 9. Juli 2018
Auflage: 118.948 | Reichweite: 369.000

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Kommentar

Von
Dietmar Mascher



Umdenken

Arbeitslosigkeit lässt sich mit mehr Ausbildung bekämpfen. Das gilt allgemein als herrschende Lehre. Die Frage, welche Ausbildung am besten ist, wird allerdings mittlerweile sehr kontroversiell diskutiert. Gut so. Während in Europa lange die Devise ausgegeben wurde, die Akademikerquote weiter zu erhö-

Lehre statt Studium? Die Frage ist legitim

hen, regt sich dort und da jetzt Widerstand gegen diese Ansicht. Gegen Fachkräftemangel und Jugendarbeitslosigkeit wäre mehr Lehre, auch nach der Matura, vielleicht viel besser.

Eine Statistik der Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS) legt zumindest nahe, dass man sich das genauer ansehen und eventuell umdenken sollte. In Deutschland und Österreich, wo es die duale Ausbildung gibt und die Akademikerquote unter jener vieler anderer EU-Staaten liegt, ist die Jugendarbeitslosigkeit deutlich geringer als etwa in Großbritannien, Finnland oder Schweden, deren Akademikerquote mehr als doppelt so hoch ist. Die Lehre (nach der Matura) ist offenbar deutlich besser als ihr Ruf.

 d.mascher@nachrichten.at



Bund will künftig alleine über Zukunft der Bezirksgerichte entscheiden

OÖ Nachrichten | Seite 2 | 24. Juli 2018
 Auflage: 118.628 | Reichweite: 369.000

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Bund will künftig alleine über Zukunft der Bezirksgerichte entscheiden

Kein Vetorecht des Landes mehr: Lob und Kritik für die geplante Kompetenzbereinigung

WIEN/LINZ. 25 Bezirksgerichte wurden in den vergangenen 15 Jahren in Oberösterreich aufgelöst bzw. mit anderen Standorten zusammengelegt. Das führte oft zu Widerständen. Bei den ehemaligen Gerichten in Pregarten und Bad Leonfelden etwa brauchte es einen zweiten Anlauf.

Die Gerichte in Bad Ischl und Mattighofen existieren immer noch, obwohl ihr Ende bereits diskutiert worden war. Richter und Regionalpolitiker haben erfolgreich argumentiert, dass es gerechtfertigt und angebracht sei, Gerichte hier auch nur mit zwei Richterstellen zu betreiben.

Das Vetorecht der Bundesländer soll nun aber fallen. Ein Entwurf von Justizminister Josef Moser (VP) sieht vor, dass die Bundesregierung Gerichtssprengel und damit auch Gerichtsstandorte künftig per Verordnung und ohne Zustimmung der Landesregierung festlegen kann. Das ist ein Teil der geplanten Kompetenzbereinigung zwischen Bund und Ländern. Für die Änderung braucht es eine Zweidrittelmehrheit.

„Verfassungs-Steinzeit“

Von einem „massiven Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit“ spricht Hans Peter Frixeder, Richter des Oberlandesgerichts Linz und Vorsitzender der Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in Oberösterreich. Minister könnten entscheiden, ohne dass jemand etwas mitzureden hätte. „Theoretisch wäre es möglich, ein Gericht aufzulösen, wenn einem ein Richter unangenehm ist“, sagt Frixeder. Zwar gebe es derzeit keine Anzeichen, dass in Oberösterreich weitere Gerichte zusammengelegt werden sollen. „Wir haben unsere Hausaufgaben erledigt.“ Aber man wisse nie, wie das Politiker, egal in welcher Regierung, künftig sehen würden, sagt Frixeder.

Ganz anders sieht die Sache Gottfried Kneifel, Geschäftsführer des Instituts Wirtschaftsstandort

BEZIRKSGERICHTE IN OBERÖSTERREICH



„Das ist ein massiver Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit.“



Hans Peter Frixeder, Vorsitzender der Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft

„Endlich kommt es zur klaren Verteilung der Kompetenzen.“



Gottfried Kneifel, Institut Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Oberösterreich und ehemaliger Präsident des Bundesrats: „Endlich kommt es zur klaren Verteilung der Kompetenzen.“ Die Justiz solle reine Bundeskompetenz sein. „Im Gegenzug muss der Bund beispielsweise nicht mehr bei der Bestellung der Landesamtsdirektoren mitbestimmen.“

Auch die Zustimmungsrechte des Bundes zu Landesgesetzen seien „Verfassungs-Steinzeit“. Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) sagt, dass man sich auf eine Neuregelung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern verständigt habe. Dazu zähle die Entflechtung der Zustimmungs-

rechte in organisatorischen Belangen. „Für die weitere Vorgangsweise und Details wurde eine Arbeitsgruppe geschaffen.“ Was die Bezirksgerichte betreffe, sei die Umstrukturierung in Oberösterreich seit Jahren abgeschlossen. In der Begutachtung haben die Bundesländer auch nicht gegen die Streichung ihres Veto-Rechts bei den Gerichtssprengeln protestiert. Sie mahnen aber eine „grundsätzliche politische Vorabstimmung mit den Ländern“ ein. Aus dem Justizministerium heißt es, wegen „Blockademöglichkeiten“ könnten Entscheidungen nicht getroffen werden. Darum sollen die wechselseitigen Zustimmungsrechte von Bund und Ländern beseitigt werden. (az)



Taubenschlag

OÖ Nachrichten | Seite 12 | 16. Juli 2018
Auflage: 118.948 | Reichweite: 369.000

Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Kommentar

Von
Dietmar Mascher



Taubenschlag

Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu, heißt es. Das gilt auch für Betriebsansiedlungen. Rund um Leitbetriebe siedeln sich andere an. In Österreich wird das noch durch den Staat gefördert. Wien ist nicht zuletzt auch deshalb Wasserkopf geworden, weil dort fast alle Behörden sitzen.

66 von 69 Bundesbehörden sitzen in Wien

Laut Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich befinden sich künftig 66 von 69 Bundesstellen in Wien. Nummer 66 wird die Digitalisierungsagentur sein. Diese Behörde mit 20 Mitarbeitern könnte im Zeitalter der Digitalisierung aber überall angesiedelt werden (vorausgesetzt, der Breitbandausbau funktioniert). In Weitersfelden, Hermagor oder Frastanz. In Deutschland dagegen sitzen 67 Behörden in 24 Städten, in der Schweiz 47 in elf.

Wie das mit dem Ziel zusammengeht, den ländlichen Raum zu fördern, ist schleierhaft. In Österreich wählt man den bequemeren Weg, bleibt in Wien und beschränkt sich, was den Föderalismus betrifft, weiterhin auf Lippenbekenntnisse.

 d.mascher@nachrichten.at

Russland-Sanktionen: „Ein Schuss ins Knie“

In Oberösterreichs Wirtschaft wächst der Unmut über die Maßnahmen gegen Russland: „Sind nicht Büttel der USA“

Von Dietmar Mascher

LINZ. „Diese Sanktionen haben nicht gewirkt, und sie werden auch nicht wirken“, sagt Peter Augendopler. Der Chef des Backmittelherstellers Backaldrin und Mister Kornspitz kann den EU-Sanktionen gegen Russland überhaupt nichts Positives abgewinnen. Im Gegenteil: Der heimischen Wirtschaft hätten sie massiv geschadet.

Das belegt der Linzer Volkswirtschaftsprofessor Friedrich Schneider mit Zahlen. Die Exporte der EU nach Russland sind von 2013 bis 2016 um ein Drittel auf 72 Milliarden Euro gesunken, der Exportrückgang in Österreich bzw. Oberösterreich betrug immerhin rund zehn Prozent. „Im Wirtschaftskrieg haben auch oberösterreichische Unternehmen Kollateralschäden hinnehmen müssen“, sagt Schneider.

In Russland investiert

Backaldrin hat rasch reagiert und ließ seine Produkte in einem Drittland produzieren, um sie weiterhin nach Russland liefern zu können. „Das kostete eine Million Euro. Um ein Haar wäre unsere Arbeit von 22 Jahren in Russland hinfällig gewesen“, sagt Augendopler. Mittlerweile produziert Backaldrin in Russland selbst. Die Zehn-Millionen-Investitions-Entscheidung habe man von heute auf morgen treffen müssen, um Abnehmer zu beruhigen.

Den Münzbacher Fleischverarbeiter Greisinger haben die Russland-Sanktionen massiv getroffen. Nach einer langjährigen Kooperationszeit seit den 1990er-Jahren fiel ein



Russischer Elektrohändler: „Die Sanktionen haben nichts bewirkt.“

Fotos: APA, ÖGN(4)

digt worden seien. „Die Sanktionen waren de facto ein Schuss ins Knie der Betriebe“, sagt Kneifel.

Das sehen auch Vertreter von Unternehmen so, die unmittelbar nicht von den Sanktionen betroffen sind. Franz Plochberger, der mit seiner Firma Cemtec (250 Mitarbeiter, 188 Millionen Euro Umsatz) im Ennstal Anlagen für den Bergbau herstellt und die großen Förderer von Gold, Diamanten und Phosphor in Russland beliefert, hat keine Einbrüche verzeichnet, seit es Sanktionen gibt. „Der Preisdruck ist ohnehin gegeben durch die Konkurrenz aus China. Was aber auffällt: Die Russen sind generell vorsichtiger bei ihren Investitionsentscheidungen geworden. China wird vermehrt als Alternative gesehen“, sagt Plochberger, der die Russen als verlässliche Handelspartner mit ähnlicher kultureller Einstellung kennengelernt hat.

„So wird keiner reich“

Der Innviertler Felgenhersteller Borbet Austria (800 Mitarbeiter, 240 Millionen Euro) ist indirekt von den Sanktionen betroffen. Geschäftsführer Helmuth Huber plädiert dafür, die Abschottung von Russland zu beenden. „Es hat sich gezeigt, dass davon keiner reich wird. Vielmehr sollten Zölle reduziert werden.“

Das sieht auch Augendopler so. Er fordert die Bundesregierung auf zu reagieren. „Wir dürfen nicht der Büttel der USA sein, die uns ja zu diesen Sanktionen gezwungen haben“, sagt Mister Backaldrin aus Sankt Florian.



Firmenchefs Franz Greisinger, Peter Augendopler (Backaldrin), Franz Plochberger (Cemtec), Helmuth Huber (Borbet)

Umsatz von 13,5 Millionen Euro praktisch über Nacht weg, das war damals mehr als 12,5 Prozent vom Umsatz. 50 Leute mussten um ihren Arbeitsplatz fürchten. „Wir konnten das dann auf andere Exportziele umlenken, mussten dafür aber unser Verkaufsteam verdreifachen“, sagt Franz Greisinger.

„Die Folgen hat man dann am Ergebnis gesehen.“ Greisinger (700 Mitarbeiter, 135 Millionen Euro Umsatz) hat vor allem hochwertige Wurstwaren nach Russland geliefert. „Österreich hat dort einen guten Ruf. Ich bin der Überzeugung, dass wir bei einem Ende der Sanktionen dort rasch

wieder in die Gänge kämen“, sagt der Mühlviertler Unternehmer im Gespräch mit den ÖONachrichten, das von Institut Wirtschaftsstandort Oberösterreich organisiert wurde.

Dessen Geschäftsführer Gottfried Kneifel klagt, dass durch die Sanktionen viele Betriebe geschä-